

## Lebensstandard nicht allein von Einkommen abhängig: Ergebnisse einer aktuellen Umfrage

Andreß, Hans-Jürgen; Lipsmeier, Gero

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Andreß, H.-J., & Lipsmeier, G. (1999). Lebensstandard nicht allein von Einkommen abhängig: Ergebnisse einer aktuellen Umfrage. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 21, 5-8. <https://doi.org/10.15464/isi.21.1999.5-8>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

# Lebensstandard nicht allein von Einkommen abhängig

Ergebnisse einer aktuellen Umfrage

*Wenn in Deutschland über Armut berichtet wird, so ist damit fast immer Einkommensarmut gemeint. Wir wissen deshalb recht viel darüber, welche Bevölkerungsgruppen über ein geringes Einkommen verfügen und auch zunehmend mehr über die Dynamik von Armutsverläufen. Vergleichsweise wenig wissen wir jedoch über den tatsächlichen Lebensstandard von Personen und Haushalten im unteren Einkommensbereich. Um hierüber mehr zu erfahren, verwenden wir eine Liste von Merkmalen des Lebensstandards, für die wir in einer Umfrage a) die Bewertung der Bedeutung für einen ausreichenden Lebensstandard in Deutschland und b) die individuelle Verfügbarkeit erhoben haben. Wir möchten dieses Instrument hier - zum ersten Mal mit für Deutschland repräsentativen Daten - vorstellen und untersuchen, welche Bevölkerungsgruppen am Lebensstandard in Deutschland in welchem Umfang teilhaben. Dabei interessieren wir uns unter anderem für die Frage, welchen Einfluß knappe Einkommensressourcen auf den tatsächlich erreichten Lebensstandard haben.*

## Lebensstandard ist nicht nur über den Markt vermittelt

Was genau konstituiert den Lebensstandard in einer westlichen, marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaft? Eine eher enge Definition, etwa im Sinne der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten, betrachtet ausschließlich die Verwendung privater Einkommensressourcen. Alle die Güter und Dienstleistungen, die man gegen Geld am Markt kaufen kann, sind danach wesentliche Komponenten des Lebensstandards. Eine eher weite Definition versteht dagegen unter Lebensstandard „die Gesamtheit aller Güter, Dienstleistungen, Rechte, Versorgungsansprüche und Nutzungen von Gebrauchsgütern sowie privaten und öffentlichen Einrichtungen, die einzelnen Personen, Haushalten, Bevölkerungsgruppen oder der gesamten Gesellschaft für die private Lebenshaltung zur Verfügung stehen. [...] Der Lebensstandard umfaßt nicht nur die private Lebenshaltung, sondern er wird geprägt durch den Umfang an Freizeit, durch die Verfügbarkeit von kollektiven Gütern, die man bei der Erfassung der marktmäßigen Komponenten der privaten Lebenshaltung i.d.R. nicht berücksichtigt“ (Friedrich 1987, S.868). Nach dieser Definition sind auch öffentliche Ressourcen, wie z.B. die soziale Infrastruktur einer Kommune, oder nicht-monetäre Ressourcen, wie z.B. das soziale Netzwerk einer Person, wichtige Komponenten des Lebensstandards. Wir gehen hier von der zweiten Definition aus und betrachten den aus individuellem Verhalten resultierenden Lebensstandard im Kontext von Privathaushalt, sozialem Netzwerk und der durch Markt, Staat und intermediären Organisationen (Instanzen der Wohlfahrtsproduktion) bereitgestellten Infrastruktur.

Mit dieser Diskussion des Lebensstandards ist unmittelbar die Frage verbunden, wer daran in welcher Weise partizipiert. Die Tatsache, daß eine Person oder ein Haushalt über bestimmte Lebensstandardmerkmale nicht verfügt, kann unterschiedliche Gründe haben: a) Aus struk-

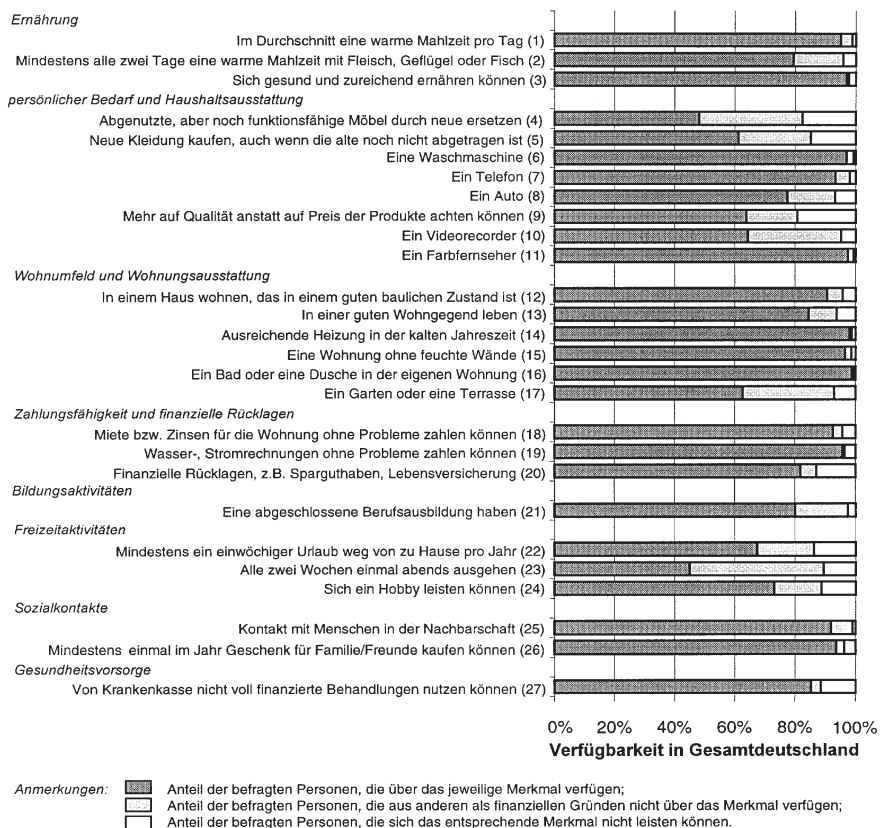
turellen Gründen, auf die die Individuen keinen oder nur einen geringen Einfluß haben, fehlen entsprechende Dinge (z.B. Wohnungen mit der gewünschten Ausstattung in bestimmten Gebieten Ostdeutschlands). b) Aufgrund anderer Präferenzen sind bestimmte Dinge und Aktivitäten für die Person nicht erstrebenswert (z.B. ein Auto für ökologisch Bewußte oder bestimmte Essensgewohnheiten für Vegetarier). Unter Armuts Gesichtspunkten interessieren vor allem die Dinge und Aktivitäten, die man sich c) mangels entsprechender (Einkommens) Ressourcen nicht leisten kann.

Einen solchen Untersuchungsansatz hat beispielsweise Peter Townsend in seiner wegweisenden Studie „Poverty in the United Kingdom“ (1979) verfolgt. Er ging dabei vom beobachtbaren Lebensstandard der Bevölkerung („community's style of living“) aus und untersuchte anhand einer Liste von sechzig Indikatoren, welche Personengruppen daran in welchem Ausmaß teilhaben können. Einen solchen Ausschluß von mehr oder minder großen Teilen eines allgemein akzeptierten Lebensstandards bezeichnet man auch als (relative) Deprivation (vgl. u.a. Townsend 1987).

## Lebensstandardmessung in einer sozialwissenschaftlichen Umfrage

Im Rahmen einer Einschaltung in den Sozialwissenschaftenbus<sup>1</sup> haben wir von Ende September bis Mitte Dezember 1996 ca. 3.200 zufällig ausgewählte Personen aus den alten (n=1.989) und neuen Bundesländern (n=1.181) gefragt, ob sie in ihrem Haushalt über verschiedene Lebensstandardmerkmale verfügen. Dazu wurde den Befragten eine Liste von 42 Dingen und Aktivitäten des alltäglichen Lebens vorgelegt, die man gemäß der o.g. weiten Definition als Merkmale eines normalen, ausreichend guten Lebensstandards in der Bundesrepublik bezeichnen könnte. Graphik 1 zeigt, wieviel Prozent der Befragten über das jeweilige Merkmal verfügen, wobei wir uns hier auf die 27 Dinge und Aktivitäten beschränken, die bei allen Befragten erhoben wurden. Weitere Fragen bezogen sich speziell auf den Lebensstandard von Familien mit Kindern oder richteten sich an Erwerbstätige und

Graphik 1: Merkmale eines normalen, ausreichend guten Lebensstandards



Datenbasis: Sozialwissenschaftenbus III/96, gewichtete Ergebnisse

Arbeitssuchende und betrafen Eigenschaften des Arbeitsplatzes. Ausgespart werden in der Graphik auch die Fragen nach der Verfügbarkeit von Infrastruktureinrichtungen in der nahen Wohnumgebung des Befragten.

Die erfragten Lebensstandardmerkmale decken verschiedene Dimensionen ab: Ernährung (Fragen 1-3), persönlicher Bedarf und Haushaltsausstattung (4-11), Wohnumfeld und Wohnungsausstattung (12-17), Zahlungsfähigkeit und finanzielle Rücklagen (18-20), Bildungs- (21) und Freizeitaktivitäten (22-24), Sozialkontakte (25, 26) sowie die Gesundheitsvorsorge (27). Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist die Mehrzahl der erfragten Lebensstandardmerkmale in mindestens zwei Dritteln der untersuchten Haushalte verfügbar. Ganz besonders häufig verbreitet sind einige Haushalts- und Wohnungsmerkmale (Waschmaschine, Telefon, Farbfernseher, guter baulicher Zustand des Wohnhauses, gute Wohngegend, Bad/Dusche in der Wohnung, keine feuchten Wände), bestimmte Ernährungsgewohnheiten (eine warme Mahlzeit pro Tag, gesunde Ernährung), der Kontakt mit Menschen in der Nachbarschaft oder der Austausch von Geschenken sowie die Fähigkeit, die Wohnungs- und Verbrauchsabgaben ohne Probleme bezahlen zu können. Bis auf einige wenige Ausnahmen gibt es auch kaum nennenswerte Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Ostdeutschen verfügen aus leicht einsehbareren Gründen häufiger über ein Telefon und wohnen seltener in einem Haus, das sich in einem gutem baulichen Zustand befindet. Sie verfügen seltener über einen Garten oder eine Terrasse und gehen weniger häufig einmal abends aus.

**Deutschland ist eine Wohlstandsgesellschaft**

Falls die Befragungsperson angab, das entsprechende Merkmal nicht zu besitzen, wurde nachgefragt, aus welchen Gründen das jeweilige Merkmal fehlte: aus finanziellen oder aus anderen Gründen. Die entsprechenden Prozentwerte sind ebenfalls in Graphik 1 enthalten. Eine solche Nachfrage ist natürlich nur bei den Dingen und Aktivitäten sinnvoll, deren Verfügbarkeit vor allem durch individuelle Finanzressourcen gesteuert wird. Die Eigenschaften des Arbeitsplatzes und die Infrastruktur der Wohnumgebung sind dagegen ein Ergebnis von Makroprozessen, die nur sehr indirekt von der individuellen Einkommensverwendung abhängen. Aus Graphik 1 ist zu erkennen, daß finanzielle Gründe maximal von einem Fünftel aller Befragten genannt wurden und dies auch nur bei einzelnen Lebensstandardmerkmalen. Finanzielle Gründe werden vor allem bei den Aktivitäten angeführt, die eher etwas über die Qualität des Lebensstandards aussagen, die jedoch weniger den lebensnotwendigen Grundbedarf betreffen. Beispiele sind die Möglichkeit, abgenutzte Möbel durch neue zu ersetzen, sich regelmäßig neue Kleidung zu kaufen, auf die Qualität statt auf den Preis der Produkte zu ach-

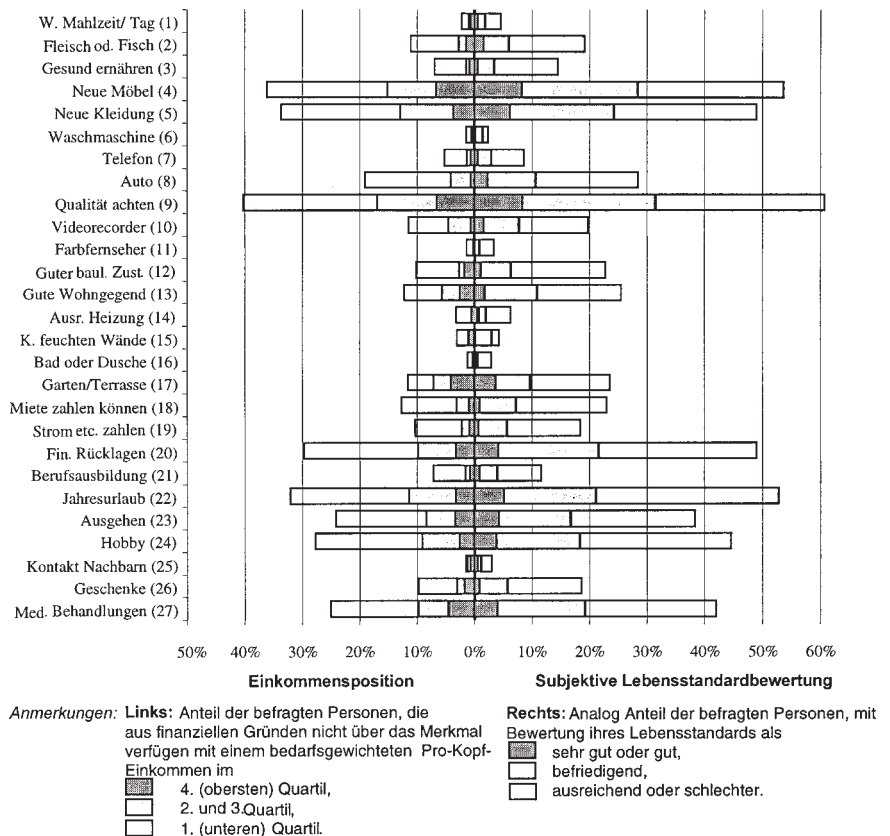
ten oder einen Jahresurlaub weg von zu Hause zu haben. In Ostdeutschland kommt noch das abendliche Ausgehen und die Bildung finanzieller Rücklagen hinzu. Wenn etwas fehlt, dann sind dafür in den meisten Fällen andere Gründe ausschlaggebend: Beim abendlichen Ausgehen mag eine Rolle spielen, daß man sich lieber im privaten Freundeskreis trifft oder daß in Ostdeutschland entsprechende Angebote (noch) fehlen; man wohnt in einer Mietwohnung und verfügt deshalb nicht über einen Garten oder eine Terrasse; der Videorecorder wird aus ideologischen Gründen abgelehnt und manche Leute sind nicht so modebewußt, daß sie sich regelmäßig neue Kleidung kaufen müssen. Insgesamt vermittelt Graphik 1 also das Bild eines Lebensstandards, wie man ihn für eine Wohlstandsgesellschaft wie die Bundesrepublik erwartet. Dabei sind die Ost-West-Unterschiede punktuell und nicht so gravierend, daß man von einem signifikant schlechteren Lebensstandard in Ostdeutschland sprechen könnte.

**Lebensstandard von Haushalten mit niedrigem Einkommen ist häufig geringer**

Dieses Bild relativen Wohlstands ergibt sich allerdings aufgrund einer Durchschnittsbetrachtung und trifft wahrscheinlich nicht auf alle Bevölkerungsschichten zu. Aus Graphik 2 ist zu erkennen, daß die Nennung finanzieller Gründe einen realen Hintergrund hat. Unterscheidet man die Befragten nach den verfügbaren Haushaltseinkommen, die auf die

Anzahl der Haushaltsmitglieder umgelegt wurden (bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen), dann erkennt man aus dem linken Teil der Abbildung, daß die Nennung finanzieller Gründe erwartungsgemäß mit sinkendem Einkommen zunimmt. Die Befragten wurden außerdem gebeten, den Lebensstandard ihres Haushaltes insgesamt anhand der Schulnotenskala von sehr gut (1) bis ungenügend (6) zu bewerten. Wie man aus dem rechten Teil der Abbildung ersehen kann, nennen diejenigen, die auch subjektiv ihren Lebensstandard eher als schlecht bezeichnen (d.h. die Noten 4 – 6 nennen), deutlich häufiger finanzielle Gründe für das Fehlen einzelner Lebensstandardmerkmale. Betrachtet man also statt des Bevölkerungsdurchschnitts die Personen im unteren Viertel der Einkommensverteilung oder mit subjektiv wahrgenommenem schlechten Lebensstandard, dann nimmt die Anzahl fehlender Dinge und Aktivitäten, die sich diese Personen aus finanziellen Gründen nicht leisten können, teilweise dramatische Formen an. Neben den bereits genannten Merkmalen, die sich die Befragten bereits in der Durchschnittsbetrachtung häufig aus finanziellen Gründen nicht leisten können, kann sich jetzt z.B. mehr als ein Viertel medizinische Behandlungen nicht leisten, die nur teilweise von der Krankenkasse finanziert werden. Auch beim Auto gibt es eine Vielzahl von Einschränkungen. Selbst bei der warmen Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch gibt mehr als ein Zehntel der Niedrigeinkommenshaushalte an, sich so etwas nicht leisten zu können.

**Graphik 2: Aus finanziellen Gründen fehlende Lebensstandardmerkmale nach Einkommensposition und subjektiver Bewertung des Lebensstandards**



Datenbasis: Sozialwissenschaftenbus III/96, gewichtete Ergebnisse

**Nicht alle Lebensstandardmerkmale sind aus Sicht der Befragten gleich notwendig...**

Mit diesem Meßinstrument kann man also die Lebensbedingungen der bundesdeutschen Bevölkerung in einer Vielzahl von Dimensionen beschreiben. Der Vorteil einer solchen umfassenden Beschreibung wird allerdings mit einem praktischen Nachteil erkauft: Möchte man verschiedene Bevölkerungsgruppen in bezug auf ihre Teilhabe bzw. Nicht-Teilhabe (Deprivation) am Lebensstandard der Bundesrepublik vergleichen, steht man vor dem Problem, eine Vielzahl von Einzelindikatoren vergleichen zu müssen. Es liegt daher nahe, die Einzelindikatoren in einem Maß der Deprivation zusammenzufassen.

Eine naheliegende Option wäre ein einfacher Summenindex, der die Anzahl der aus finanziellen Gründen in einem Haushalt fehlenden Merkmale zählt. In diesem Zusammenhang müßte aber noch einmal diskutiert werden, ob die von uns verwendeten Indikatoren vollständig und umfassend den Lebensstandard in der Bundesrepublik erfassen, was wir bisher stillschweigend vorausgesetzt haben. Angesichts der eingangs angesprochenen unterschiedlichen Definitionen von Lebensstandard ist zu bezweifeln, daß eine theoretisch befriedigende Antwort auf dieses Problem möglich ist. Wir schlagen statt dessen ein empirisches Vorgehen vor, bei dem man die Befragten selbst beurteilen läßt, ob die ausgewählten Merkmale zum Erreichen bzw. zur Sicherstellung eines normalen, ausreichend guten Lebensstandards in Deutschland notwendig sind. Graphik 3 zeigt die entsprechenden Ergebnisse für die 27 Fragen, die sich an alle Befragten richteten. Die Notwendigkeit jedes Merkmals konnte auf einer vierstufigen Skala beurteilt werden. Die Abbildung zeigt den Anteil der Ost- und Westdeutschen, die das jeweilige Merkmal für notwendig halten. Zur Kontrolle ist auch der Anteil der Personen aufgeführt, die das Merkmal für unbedingt notwendig (höchster Skalenswert) halten.

Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Graphiken sind die 27 Merkmale nun nach den Notwendigkeitseinschätzungen der Befragten geordnet. Man erkennt, daß nicht alle Merkmale, die in Graphik 2 besonders häufig aus finanziellen Gründen fehlen, von den Bundesbürgern als gleich notwendig betrachtet werden. Die Inanspruchnahme medizinischer Behandlungen wird beispielsweise von einer großen Mehrheit der Befragten für notwendig gehalten, nicht jedoch das abendliche Ausgehen, schon gar nicht von den Ostdeutschen. Generell gilt, daß die Dinge und Aktivitäten für notwendig erachtet werden, die man auch besitzt bzw. ausübt.

**...und nicht alle halten die gleichen Merkmale im gleichen Maße für wichtig**

Die Notwendigkeitseinschätzungen sind jedoch nicht einheitlich, wie man an einigen Abweichungen zwischen Ost- und Westdeutschen

erkennen kann: z.B. beim Telefon, Auto und abendlichen Ausgehen. Weitere Unterschiede zeigen sich u.a. nach Alter und Bildung der Befragten, die hier jedoch aus Platzgründen nicht weiter untersucht werden (vgl. jedoch Lipsmeier 1998). Insgesamt bestätigt sich damit die These, daß die Vorstellungen über den notwendigen Lebensstandard mit dem sozialen Milieu variieren, in dem die befragten Personen leben. Dies muß Konsequenzen für einen Deprivationsindex haben. Man muß nicht nur die unterschiedliche Notwendigkeit verschiedener Merkmale berücksichtigen, es muß auch die soziale Differenzierung dieser Einschätzungen kontrolliert werden. Es geht also nicht nur um die Frage „Was soll zum notwendigen Lebensstandard gehören?“, ebenso bedeutsam ist die Frage „Für wen?“.

Daraus ergibt sich folgender Vorschlag für einen Deprivationsindex: Ein im Haushalt der Befragungsperson aus finanziellen Gründen fehlendes Merkmal wird mit dem prozentualen Anteil der Ost- bzw. Westdeutschen gleichen Alters und mit gleichem Bildungsabschluß gewichtet, die dieses Item für notwendig halten. Sind z.B. 62 von 100 Personen der Meinung, daß ein Auto notwendig ist, dann erhöht sich der Deprivationswert einer Person um 62 Punkte, wenn sie angibt, sich ein Auto aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können. Anders ausgedrückt: 62 von 100 Personen ihrer Referenzgruppe würden sagen, ihr fehlt ein notwendiger Aspekt bundesdeutschen Lebensstandards aus finanziellen Gründen. Der Gesamtwert des Deprivationsindex entspricht dann der Summe dieser Aussagen („Stimmen“) über alle untersuchten Lebensstandardmerkmale (genauer gesagt: der durchschnittlichen Stimmenzahl über alle Lebensstandardmerkmale, zu denen sich die Befragungsperson äußerte).

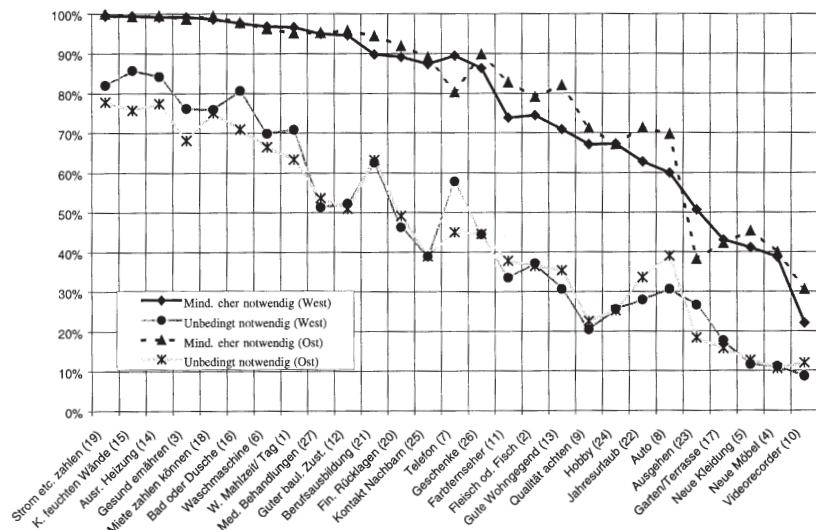
Mit Hilfe dieses gewichteten Summenindex läßt sich das Ausmaß der Deprivation in verschiedenen Bevölkerungsgruppen beschreiben. Er ist ein Maß der Unterausstattung der untersuchten Haushalte. Für ungefähr ein Drittel (n = 1025) der Befragten zeigen sich keinerlei Deprivationserscheinungen und für ein weiteres Fünftel (n = 703) der Befragten sind nur geringfügige Deprivationserscheinungen feststellbar. Bei letzteren fehlen entweder ein oder zwei der erfragten Merkmale aus finanziellen Gründen und der Wert des Deprivationsindex variiert zwischen 0,7 und 5,8. Extrem hohe Deprivationswerte konzentrieren sich auf einen kleinen Personenkreis.

**Arbeitslose und Alleinerziehende sind stark von Deprivation betroffen**

Tabelle 1 enthält eine vergleichende Gegenüberstellung der Betroffenheit von Deprivation für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Ausgewiesen sind für jede Gruppe der durchschnittliche Wert des Deprivationsindex, der Anteil der Befragten mit einem Indexwert größer als 12,1 (die Grenze zum oberen Quintil der Deprivationswerte) sowie die durchschnittliche Anzahl der aus finanziellen Gründen fehlenden Lebensstandardmerkmale.

Laut Tabelle 1 ist das Ausmaß der Deprivation in Ost und West in etwa gleich hoch. Die scheinbar gleiche Betroffenheit von Deprivation in beiden Regionen sollte jedoch nicht überbewertet werden. Aus Tabelle 1 ist nämlich ebenfalls zu erkennen, daß das Ausmaß der Deprivation um so höher ist, je niedriger das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen des Haushalts ausfällt. Daraus folgt für die Westdeutschen mit ihren durchschnittlich höheren Einkommen insgesamt gesehen ein geringeres Deprivationsrisiko. Wenn man jedoch

**Graphik 3: Beurteilung der Notwendigkeit verschiedener Lebensstandardmerkmale in Ost- und Westdeutschland**



Anmerkungen: Beurteilung auf einer vierstufigen Skala: 1. unbedingt notwendig, 2. eher notwendig, 3. eher nicht notwendig, 4. überhaupt nicht notwendig.

Datenbasis: Sozialwissenschaften-Bus III/96, gewichtete Ergebnisse

das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen (durch entsprechende multivariate statistische Verfahren) kontrolliert, haben Ostdeutsche bei gleichen Einkommen durchschnittlich geringere Deprivationswerte. Anders ausgedrückt: Die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West verdecken in Tabelle 1 das höhere Deprivationsrisiko in den alten Bundesländern.

Kaum nennenswerte Unterschiede zeigen sich bei der Differenzierung nach der Größe des Wohnortes. Der Anteil der Haushalte mit extremen Deprivationswerten und die durchschnittliche Anzahl (aus finanziellen Gründen) fehlender Items nehmen mit der Wohnortgröße etwas zu. Die Unterschiede sind allerdings insbesondere bei multivariater Betrachtung nicht besonders groß.

Deutliche Unterschiede zeigen sich dagegen für verschiedene Haushaltstypen. Die niedrigsten Deprivationswerte zeigen sich dabei für Paare im Erwerbsalter ohne Kinder (Paar <= 65). Umgekehrt weisen Alleinerziehende mit großem Abstand das höchste Deprivationsrisiko auf. Hohe Deprivationswerte zeigen sich auch noch bei den Alleinstehenden aller Altersgruppen, während Rentnerpaare (Paar > 65) und Paare mit Kindern eher niedrige Werte aufweisen. Das Ergebnis für die Paare mit Kindern steht in einem gewissen Widerspruch zur öffentlichen Debatte über die Infantilisierung der Armut, die sich im wesentlichen auf Daten zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe und zur Verteilung der Haushaltseinkommen bezieht. Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß der hier verwendete Deprivationsindex die speziell für Familien abgefragten Lebensstandardmerkmale nicht berücksichtigt (vgl. auch Andreß/Lipsmeier 1998).

Vergleichsweise deutliche Unterschiede des Deprivationsrisikos zeigen sich mit dem Alter der Befragungspersonen. Es ist besonders hoch für die unter 30jährigen, wird dann in den höheren Altersgruppen immer geringer und nimmt nur für die Rentner wieder leicht zu. Da die Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern sowie die Wohnungssituation, die beide in die Berechnung des Deprivationsindex eingehen, lebenszyklisch ungleich verteilt sind, ist eine gewisse Altersabhängigkeit des Index bekannt (Hagenaars/de Vos 1988). Das überdurchschnittliche Deprivationsrisiko der 65jährigen und älteren Befragten zeigt jedoch, daß auch noch andere Effekte eine Rolle spielen.

Erwartungsgemäß ist schließlich das Deprivationsrisiko am höchsten, wenn die Befragungsperson keinen oder „nur“ einen Hauptschulabschluß besitzt, arbeitslos ist, sich der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zuordnet oder den Lebensstandard ihres Haushalts als ungenügend oder mangelhaft bezeichnet.

Der hier vorgestellte Deprivationsindex eröff-

net für die Erforschung des Lebensstandards und der (eventuell unzureichenden) Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen hieran neue Perspektiven. Zum einen ermöglicht dieses Instrument eine umfassendere und detaillierte Beschreibung von Problemlagen als klassische Analysen zur Einkommensarmut. Mit ihm rückt die Perspektive von der reinen Betrachtung der verfügbaren Ressourcen auf den tatsächlich erreichten Lebensstandard der untersuchten Haushalte und Personen. Zum

anderen finden die Bewertungen der Befragungspersonen Eingang in dieses Lebensstandardmaß. Insofern ist die Messung des Lebensstandards, wenn man so will, demokratisch abgesichert und in geringerem Maße von normativen Entscheidungen der Forscher abhängig.

<sup>1</sup> Die Einschaltung in den Sozialwissenschaften-Bus wurde durch einen Studienpreis, den GFM-GETAS/WBA anlässlich

**Tabelle 1: Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen von relativer Deprivation**

	Durchschnittlicher Deprivationswert	Anteil im oberen Quintil <sup>a</sup>	Anzahl fehlender Items <sup>b</sup>	N <sup>c</sup>
<i>Region</i>				
West	4,1	19	1,7	1.956
Ost	4,0	20	1,7	1.153
<i>Wohnort</i>				
Ländlich	3,3	16	1,4	492
Klein/Mittel	4,4	21	1,8	866
Großstadt	4,2	19	1,7	1.751
<i>Haushaltstyp</i>				
Allein >65	4,9	23	2,1	310
Allein <= 65	6,3	29	2,5	543
Paar >65	3,8	19	1,6	291
Paar <=65	2,8	12	1,1	997
Paar Kinder	4,3	18	1,7	715
Alleinerziehend	14,1	65	5,3	75
sonstige	4,7	25	1,9	178
<i>Alter</i>				
18 - 29	5,5	26	2,2	549
30 - 49	4,2	18	1,7	1.140
50 - 64	3,1	14	1,3	751
65 und älter	4,2	21	1,7	669
<i>Äquivalenzeinkommen (OECD)</i>				
1. (unteres) Quartil	9,8	41	3,9	691
2. Quartil	4,1	21	1,7	670
3. Quartil	2,5	11	1,0	602
4. (oberes) Quartil	1,3	6	0,5	544
<i>Schulabschluß</i>				
Haupt./ kein	5,2	23	2,1	1.477
Mittlere Reife	2,8	13	1,1	626
Abi/Poly/FHS	3,2	15	1,3	1.006
<i>Arbeitslosigkeit</i>				
arbeitslos	11,0	45	4,3	222
nicht arbeitslos	3,7	17	1,5	2.887
<i>Subjektive Schichteinstufung</i>				
Unterschicht	14,0	57	5,6	118
Untere Mittelschicht	7,3	33	2,9	781
Mittlere Mittelschicht	2,5	12	1,0	1.552
Obere Mittelschicht	1,0	4	0,4	277
Oberschicht	0,0	0	0,0	17
<i>Subj. Lebensstandardbew.</i>				
ungen./mangelh.	26,6	78	10,1	46
ausreichend	14,4	69	5,7	204
befriedigend	6,6	32	2,7	971
gut	1,6	7	0,7	1.603
sehr gut	0,7	3	0,3	279

Anmerkungen: a) Prozentualer Anteil von Befragten im oberen Quintil der Deprivationswertverteilung. b) Durchschnittliche Anzahl von aus finanziellen Gründen fehlenden Items. c) Fallzahl in den Subgruppen, für die der Deprivationsindex bestimmbar ist.

Datenbasis: Sozialwissenschaftenbus III/96, gewichtete Ergebnisse (Fallzahlen ungewichtet)

seines 50jährigen Jubiläums gestiftet hat, und aus Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert.

- Andreß, H.J. & G. Lipsmeier, 1998: *Kosten von Kindern: Auswirkungen auf die Einkommensposition und den Lebensstandard der betroffenen Haushalte*. S. 26-50. In: A. Klocke & K. Hurrelmann (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche in Armut - Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen*. Opladen.
- Friedrich, D., 1987: *Stichwort „Lebensstandard“*. S. 866-870 in: *Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon: Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*. 3. Band. Freiburg et al.
- Hagenaars, A.J.M. & K. de Vos, 1988: *The definition and measurement of poverty*. The

*Journal of Human Resources* 23: 211-221

Lipsmeier, G., 1998: *Wer verfügt über das, was alle für notwendig halten? Ein Index zur Messung relativer Deprivation mit Umfragedaten*. Bielefeld: *Arbeitspapier Nr. 2 des Projektes „Indikatoren für die Wohlfahrtsposition von Haushalten - Deprivationsbasierte Armutsmaße“*

Townsend, P., 1979: *Poverty in the United Kingdom. A survey of household resources and standards of living*. Berkeley / Los Angeles.

Townsend, P., 1987: *Deprivation*. *Journal of Social Policy* 16: 125-146

■ **Hans-Jürgen Andreß und Gero Lipsmeier, Universität Bielefeld**  
Tel.: 0521/106-3846

stellten in ihrem Vortrag „Gesundheitsindikatoren in der Sozialberichterstattung – ein Vergleich“ unterschiedliche Möglichkeiten vor, den Gesundheitszustand zu erfassen, sei es über Einzelindikatoren, statische oder dynamische Konzepte. Sie verglichen dazu unterschiedliche schweizerische Untersuchungen von verschiedenen Populationen und ergänzten sie um Daten aus Sozialberichterstattungs-Surveys, um somit optimale Indikatoren für bestimmte Personengruppen herauszufiltern.

Nach der Pause wurden im Vortrag von Roland Habich (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) und Zsolt Spéder (Universität Budapest) Probleme und Möglichkeiten der vergleichenden Wohlfahrtsforschung aufgezeigt, indem mithilfe von objektiven und subjektiven Wohlfahrtskomponenten die „Winner“ und „Loser“ im ostmitteleuropäischen Transformationsprozess“ beschrieben wurden. Sie stellten dar, wie anhand von Mikrodaten Wohlfahrtsindikatoren bestimmt werden können, mit denen sowohl eine zeitliche Entwicklung als auch ein internationaler Vergleich des Wohlfahrtsniveaus analysierbar sind. Einen umfassenden Entwurf aus der Schweiz zur „Sozialberichterstattung aus sozialwissenschaftlicher Sicht: Das Konzept des Schwerpunktprogramms ‚Zukunft Schweiz‘“ präsentierte Peter Farago (Landert Farago Davatz & Partner, Zürich). Dieses Konzept basiert auf drei Schwerpunkten: 1. dem Aufbau und der Institutionalisierung eines Haushalts-Panels, 2. der Realisierung regelmäßig wiederholter Querschnittserhebungen und 3. der periodischen Publikation eines umfassenden Sozialberichts „Schweiz“. Auf die internationale Vergleichbarkeit und Integration in bereits existierende Programme wird bei diesem Konzept besonders geachtet. Zum Schluß stellten Heinz-Herbert Noll und Regina Berger-Schmitt (ZUMA Mannheim) ein Konzept zu einem „System Sozialer Indikatoren für Europa“ vor, das derzeit als Teilprojekt des von der Europäischen Kommission geförderten Projekts „EUREPORTING“ in der Abteilung Soziale Indikatoren bei ZUMA bearbeitet wird. Ziel dieses Teilprojektes ist es, ein Indikatorensystem zu entwickeln, das es ermöglicht, die Wohlfahrtentwicklung und den sozialen Wandel in Europa kontinuierlich zu messen und zu analysieren. Dabei sollen auch Konzepte wie „sustainability“ oder „social exclusion“ berücksichtigt werden.

In der Mitgliederversammlung, die sich an die Sektionssitzung anschloß, wurde der Sektionsvorstand neu gewählt. Vorsitzender ist Heinz-Herbert Noll (ZUMA Mannheim), als Stellvertreter wurden gewählt: Roland Habich (WZB Berlin) und Jürgen Schupp (DIW Berlin). Die Leseliste der Sektion wurde überarbeitet; sie ist mittlerweile in einer Sonderausgabe der „Soziologie“ veröffentlicht und ist ebenso auf der www-Seite der Sektion (<http://www.zumamannheim.de/data/social-indicators/sekti.htm>) zu finden.

■ **Caroline Kramer, ZUMA**  
Tel.: 0621/1246-244

## Sozialberichterstattung für ein „grenzenloses“ Europa

Sitzung der Sektion Sozialindikatoren auf dem Kongreß der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Freiburg, 17. September 1998

Die Sektion Sozialindikatoren traf sich am 17. September 1998 im Rahmen des Kongresses der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft zu einer Sitzung, die von H.-H. Noll (ZUMA Mannheim) organisiert wurde. Das Kongreßthema „Grenzenlose Gesellschaft?“ wurde in der Sitzung über „Sozialberichterstattung für ein „grenzenloses“ Europa“ durch zahlreiche Referate vertieft.

Als erster Referent stellte Joachim Vogel (Statistics Sweden) in seinem Vortrag „The European Welfare Mix: Institutional Configuration and Distributive Outcome in Sweden and the European Union in Longitudinal and Comparative Statistics“ die Ergebnisse seiner vergleichenden Arbeiten vor. Er entwickelte anhand von zahlreichen Indikatoren drei „cluster“ der Wohlfahrt in Europa, nämlich ein „Nordisches Cluster“, ein „Südliches Cluster“ und ein „Mitteleuropäisches Cluster“, in denen jeweils ähnliche Muster der sozialstaatlichen Ausgaben, der Arbeitsverteilung, des familiären Zusammenhalts, der Einkommensungleichheit und weiteren Aspekten der sozialen Ungleichheit bestehen. Diethmar Dathe (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) berichtete aus dem EU-Projekt des WZB „Soziale Integration durch Übergangsmärkte“ über „Zeit- und Geldpräferenzen im EU-Vergleich“. Dabei zeigte sich, daß in allen untersuchten Län-

dern die präferierte Arbeitszeit unter der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit lag, d.h. daß die Mehrheit der Befragten gerne weniger arbeiten würde. Dathe errechnete daraus eine „Überbeschäftigungsrate“ von insgesamt 6 Prozent, die jedoch z.B. in den Niederlanden bis zu 12 Prozent reicht. Um die „Zeit“ im weiteren Sinne ging es ebenfalls im nächsten Beitrag „Die Zeitfrage als Prüfstein für die Lebensqualität und die Sozialverträglichkeit der europäischen Integration“ von Manfred Garhammer (Universität Bamberg). Er präsentierte Ergebnisse eines Vergleichs zwischen vier europäischen Nationen. Dieser Vergleich schließt Merkmale der Zeitstruktur als Input und Indikatoren für Zeitnot bzw. Zeitwohlstand als Output ein. Im darauffolgenden Referat von Wolfgang Voges (Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik) zum Thema „Sozialhilfedynamik als Gegenstand einer vergleichenden Sozialberichterstattung“ wurden Ergebnisse eines Vergleichs europäischer Länder vorgestellt, in dem die Effekte der institutionellen Rahmenbedingungen für Sozialhilfebezug berücksichtigt wurden. Dabei wurden sowohl Dauer des Sozialhilfebezugs, Häufigkeit des Bezugs in einem beobachteten Zeitraum ebenso wie die Dauer der „Bedürftigkeit“ in die Analyse einbezogen. Matthias Niklowitz, Monica Budowski, Christian Suter und Peter C. Mayer (ETH Zürich)